

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 7,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postbezeichnung: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag o. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechnr.-Anschluss: Ring Nr. 6857.

Freitag, 25. März 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 4,00 Mk., auswärts 0,30 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Verleumdungen und Verleumdungsprozesse 0,60 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespalten oder deren Raum im Text 5,- Mk.

Berscharfste Alarmbereitschaft.

In überfüllten Versammlungen hat das Breslauer Proletariat zur Lage Stellung genommen. Verpflichtung zu verschärfter Alarmbereitschaft und zur Mobilisierung der Breslauer Arbeiterschaft war das einmütige Ergebnis. Auch die Berliner Arbeiterschaft hat überfüllte Versammlungen im gleichen Sinne abgehalten.

Währenddem haben sich die Dinge weiter zugespitzt. In Mitteldeutschland und Hamburg fließt bereits Arbeiterblut. Der Kampf geht weiter. Ohne sich vor Opfern zu scheuen, besetzen die Arbeiter dort weiter die Betriebe, in denen sie ausgesperrt wurden und nehmen den Kampf zur Entwaffnung des gegenrevolutionären Banditen auf. Der Generalstreik dehnt sich immer weiter aus.

Gleichzeitig wird die Reaktion frecher. Der Orgeschkönig Bayerns, Ministerpräsident von Kahr, pfeift öffentlich auf das Gesetz. Unterstützt von seinem Ministerrat läßt er durch die bürgerliche Presse erklären, daß die bayerischen Selbstschutzorganisationen nicht unter das neue Gesetz, nach dem angeblich die Einwohnerwehren aufgelöst werden sollen, fallen und deshalb aufrecht zu erhalten seien. Die Gegenrevolution steht zum Schlagen des ganzen deutschen Proletariats bereit.

Arbeiter, die Stunde ist ernst. Wieder einmal liegt es in eurer Hand, ein für allemal dem Kapitalismus das Genick zu brechen, die praffende Bourgeoisie aus ihren Palästen zu zerren und Freiheit, Licht und besseres Leben in eure Hütten zu bringen.

Eine Niederlage des mitteldeutschen und Hamburger Proletariats würde auch eure Niederlage sein. Der weiße Schrecken, den man jetzt in Mitteldeutschland aufzurichten versucht, würde sich über ganz Deutschland erstrecken. Der Sieg des mitteldeutschen Proletariats wird auch euer Sieg sein. Das mitteldeutsche Proletariat kann aber nur siegen mit eurer Solidarität im Kampf mit allen Mitteln bis zum äußersten.

Darum, Arbeiter Schlesiens, mobilisiert über die Köpfe verräterischer Führer hinweg die geschlossene Kampffront.

Haltet euch bereit zu solidarischem Handeln mit dem mitteldeutschen Proletariat in eurem eigenen Interesse!

Klar zum Gefecht!

Betriebsbesetzungen in Hamburg. — Kämpfe in Eisleben.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.)

Aus Hamburg wird uns gemeldet: Die Direktion des überwiegenden sozialistischen Riesenbetriebes Blohm & Voß hat die Arbeiter ein Ultimatum, innerhalb einer Stunde geregelte Verhältnisse zu schaffen, da sonst der Betrieb geschlossen würde. Daraufhin stürmte die erregte Arbeiterschaft das Direktionsgebäude; der Betrieb ist von Arbeitern besetzt. Zwei rote Fahnen flattern auf dem Gebäude.

Nachdem auf der Riesenwerft von Blohm & Voß die Rote Fahne gehißt worden ist, traf eben die Meldung ein, daß auf den anderen Riesenwerften der Vulkanwerke die revolutionäre Arbeiterschaft Aktionsausschüsse gebildet hat.

Die Erwerbslosenaktion in Hamburg.

(Privattelegramm der „Schl. schen Arb.-Ztg.“.)

Aus Hamburg erhalten wir folgendes Telegramm: Die Erwerbslosen Hamburgs versuchten, wie uns von Augenzeugen berichtet wird, mit den Arbeitenden gemeinsam in die Betriebe zu kommen. Vor den Landungsbrücken und Häfen versucht ein starkes Sippenangebot, das möglichst unauffällig verteilt ist, dies zu verhindern. Es gelang aber nur, einen ganz geringen Teil der Erwerbslosen von der Ueberfahrt abzuhalten. Ueber den weiteren Verlauf der Erwerbslosenaktion ist noch nichts bekannt. Es verlautet nur, daß die Vereinigung von Blohm & Voß beschlossen hat, wenn es nicht gelingen sollte, die Arbeitslosen in die Betriebe zu bringen, den Betrieb selbst zu verlassen.

7,30 morgens wird uns aus Hamburg gedrahtet: Aus dem Betrieb Blohm & Voß wird uns berichtet, daß es Arbeitslosen gelungen ist, in den Betrieb einzudringen und daß eben im Betrieb eine Sitzung des Betriebsrates unter Teilnahme von Vertretern der Erwerbslosen stattfindet. Auch in die Vulkanwerke sind, wie uns von dort gemeldet wird, Erwerbslose eingebrungen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Hamburgs gegen die Verräterpolitik ihrer Führer.

Die Vulkanwerft einstimmig für den Kampf.

Der Betriebsrat der Hamburger Vulkanwerft überendet uns folgenden Bericht über die gekrümmte Volkversammlung der Vulkanwerft:

In der gegenwärtig hochgespannten politischen Situation und gegen die rapid zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse nahm eine Betriebsversammlung der Vulkanwerke Stellung. Die Aktionsausschüsse der USPD und SPD erklärten, erst Informationen von ihren Parteien einzuholen.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die Verelendung des Proletariats führt zu ihrer letzten Etappe. Alles ist darauf eingestellt, auch die letzten Errungenschaften für die Arbeiter allmählich abzuwürgen. 50 000 Arbeitern und Arbeiterinnen verbietet das Kapitalistengefindel, zu arbeiten, obwohl den Massen alles fehlt, was sie gebrauchen. Die Reaktion ist auf dem Marsche zur Wiederaufrichtung der Monarchie. Möge die gesamte Arbeiterschaft aus dem Vorgehen der Monarchisten die Lehre ziehen und zum Schlage ansholen, da es sonst zu spät ist und wir als Sklaven behandelt werden. Wir fordern die sofortige Entlassung der Erwerbslosen und nicht weitere Entlassung unserer Kollegen, die sofortige Entwaffnung der Orgesch.“

Werden die Forderungen nicht bewilligt, so werden wir sie erzwingen. Dies darf keine Demonstration sein; hinter ihr muß der Wille zur Tat, die Tat selbst stehen. Es gibt für euch alle nur die Wahl: Kampf oder Sklaverei und Hungertod. Wählt den Kampf! Die Arbeiter der Vulkanwerke.“

Der Reaktion letztes Mittel.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg, 25. März. Der Senat der freien Hansestadt Hamburg macht bekannt, daß in Anbetracht der Vorkommnisse auf der Werft Blohm & Voß und anderen Betrieben mit sofortiger Wirkung der Ausnahmezustand über Hamburg verhängt ist.

Terror gegen den Genossen Klein.

In der schamlosesten Weise terrorisiert die Justiz, die Scharfrichterin der Bourgeoisie, unseren Genossen Klein. Trotz seiner Schwäche wurde er mit Gewalt, auf schriftlichen Befehl des Untersuchungsrichters Rietheofel, photographiert und Fingerabdrücke von ihm gemacht. Man will ihn sich auf alle Fälle sichern. Man wird sich nicht scheuen ihn zu befechtigen, nur weil er ein Kommunist ist. Auch dieses muß und wird das Breslauer Proletariat verhindern. Die überfüllte Massenversammlung am Mittwochabend in den Zentralhallen nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die überfüllte Massenversammlung in den Zentralhallen ist in der Verhaftung des Genossen Klein einen fremden Willkürakt der weißen Justiz. Sie gelobt heilige proletarische Rache gegen die gemeine Behandlung des Genossen Klein durch die Justizbestie. Sie fordert die sofortige Entlassung des Genossen Klein und ist bereit, sie mit allen Kräften und Mitteln gegen die Erdbehalter der revolutionären Führer des Proletariats zu wehren.“

Arbeiter von Breslau! Seid auf der Wacht! Seht den Orgeschbanditen auf die Finger! Haltet euch bereit!

Der Krieg um Oberschlesien.

Mehrere Grenzorte von Hallersoldaten besetzt.

Rattowitz, 22. März. Von der Grenze östlich von Rattowitz wird gemeldet, daß bewaffnete polnische Abteilungen mit voller militärischer Ausrüstung heute nachmittag die Grenze überschritten und eine Anzahl von Grenzorten besetzt haben. Die Ortschaften Birkenthal, Schöpping, Janow und Rüdelschacht sind völlig in ihrer Gewalt. Die deutsche Einwohnererschaft der Grenzorte flüchtet nach Rattowitz. In anderen Grenzorten sind vielfach Hallersoldaten aufgetaucht, so in Chorzow und Buingow, die als Abstimmungsbererechtigte herbeistamen und jetzt plötzlich in ihrer militärischen Uniform und mit Waffen versehen, erscheinen. Unter Führung eines Polen Batolia haben sie die Ortschaften dieser Gegend besetzt. Überall ist in den Orten, die in den Händen der Polen sind, die polnische Republik ausgerufen worden. Bedenken vor der Sicherheitspolizei noch von den Besatzungstruppen sind bisher ernsthafte Gegenmaßnahmen getroffen worden. In der Stadt Rattowitz ist die Erregung groß.

Letzere Auffassung, daß wir vor einem Krieg um Oberschlesien stehen, ist richtig. Die Bourgeoisie in Deutschland und Polen wollen wieder tanzen und Proletariats jenseits, um ihre Wirtschaft zu heilen.

Alles zum Heil der Rattowitzer zum Heil des Volk! Die Ausgebatenen müssen diesem wahnsinnigen Vergnügen mit allen Mitteln entgegenreten.

Die Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiter.

In vier gewaltigen Protestversammlungen demonstrierte das Berliner Proletariat gegen die Konterrevolution und ihre Produktionen. Die Versammlungen, die sämtlich überfüllt waren, nahmen einen imposanten Verlauf. Die Kampfkampfbereitschaft des Berliner Proletariats fand dort ihren Ausdruck.

Die ersten Zusammenstöße mit den Hörstingbanden.

Aus Hettstedt (Südharz) geht folgendes Telegramm zu:

„Die Gemeindebehörden fordern zum Geschäftsdonkott über die Sipo auf. Der Streik greift über das Kaliber hinaus. Mansfeld stellt die Notstandsarbeiten ein. Das Leunawerk beruft alle Aktionsausschüsse der Industriegruppen für Ende der Woche zum zweckmäßigen Aufruf an die Arbeiterchaft im Reich. In Eisleben und Hettstedt kam es zu den ersten Zusammenstößen. Der Mansfelder Aktionsausschuß.“

Eisleben, heute nacht. Mehrere große Detonationen haben in der Umgebung Eislebens stattgefunden. Gestern nachmittag große Massenkundgebung der streikenden Arbeiter im Volkshaus.

Im Laufe dieser Nacht sind die meisten Schächte, welche zum Teil noch gingen, stillgelegt worden; nur noch zwei Schächte arbeiten zum Teil, werden aber in aller Kürze still stehen.

Einige Zusammenstöße zwischen der Arbeiterchaft und Sipo haben stattgefunden, aber keine Verletzungen. In Eisleben befanden sich 7 hundert Schächte Sipo. Am Bahnhof ist ein Schützengraben aufgeworfen. Dieser Schützengraben ist gesichert mit Stacheldraht und gespickt mit Maschinengewehren.

Blauere Bohnen sind die Meeozim der Hörstingbanden für die gegen den weißen Terror kämpfenden Arbeiter. Die bürgerliche Gesellschaft greift zu den Mitteln brutaler Gewalt. Arbeitermord, das ist das wahre Gesicht des Moskaförsting und seiner Hintermänner Swering und Weismann. Die Arbeiterchaft wird diesen Schlag parieren. Wenn die Bourgeoisie den offenen Kampf will, dann soll sie ihn haben. Sie soll nicht ungerächt in Arbeiterblut waten. Das Proletariat läßt sich nicht herausfordern, um zu ruhhandeln, um zu Kompromissen mit der bürgerlichen Gesellschaft zu kommen. Es erwidert den Anschlag der Gegenrevolution mit den gleichen Mitteln.

Nachdem man den weißen Schrecken in Mitteldeutschland aufgerichtet, das Proletariat zur Abwehr gezwungen hat, jammert die elend heuchelnde bürgerliche Presse, von den Stimmen- bis zu den Scheidemann-Hilferding-Blättern, von unheimlichen Gewalttaten.

In Sachsen fliegen die Gerichtsgebäude in die Luft.

In Dresden, Leipzig, Freiberg i. S., Rodewisch gingen die Gerichtsgebäude in die Luft. Die durch die unverdächtigten Klassenparteien der letzten Zeit zur Welt gesteigerte Erregung hat sich Luft gemacht. Wenn diese Art des Kampfes mit der Taktik der kommunistischen Partei auch nichts zu tun hat, so sind wir dadurch nicht veranlaßt, in das Zimmergeheule der Arbeiter mordenden bürgerlichen Gesellschaft einzukommen. Es ist verständlich, daß die Arbeiter in ihrer Erregung die Brutstätten der weißen Justiz, die Keller, in denen revolutionäre Arbeiter „von Rechts wegen“ gemordet, die Arbeitermörder Aulod, Vogel, Runge, Kessel, die Soldatenjünger Hiler und Konforten freigegeben werden, vernichten.

Das Proletariat kann dem ihm aufgezwungenen Kampfe nicht aus dem Wege gehen. Es ist wieder vor die Entscheidung gestellt. Es hat sich zu entscheiden, ob die Bourgeoisie einer im Sterben liegenden bürgerlichen Gesellschaft oder die Macht der Arbeiter herrschen soll. Terror, Verelendung, Arbeitermordungen oder Diktatur des Proletariats und damit die Möglichkeit, die weiße Brut der Bourgeoisie zu vernichten, der Verelendung zu entkommen, den Anschluß an Sowjetrußland zu haben, so ist die Frage gestellt.

Dem Proletariat ist keine Wahl gelassen. Es muß heute kämpfen um seine Zukunft, den Kommunismus, das Räte-Deutschland.

Kampf oder Kuhhandel?

Die 10 Forderungen des ADB.

Berlin, 23. März. Aus den Arbeitermassen selbst ist der Ruf nach der revolutionären Einheitsfront gekommen. So ungewöhnlich stark war der Wille zum gemeinsamen solidarisieren Handeln, daß die Stuttgarter Forderungen allen Sabotageversuchen zum Trotz in allen Teilen des Reiches von Hunderttausenden begeistert aufgenommen wurden. Der Offene Brief der SPD war eine bewußte Anknüpfung an diese Massenstimmung. Dagegen die Widerstände sich dagegen noch viel intensiver und erbitterter geltend machten, schwellt das Heer der Proletarier noch größer an, das sich für die Durchführung einer Aktion im Sinne des Offenen Briefes einsetzt. Es muß anders werden durch eine Tat! das war der alle beherrschende Grundgedanke. Nicht nur die kommunistische Arbeiterchaft, auch viele erklärte Anhänger der SPD und SPD, griffen diesen Gedanken auf. Selbst im „Vorwärts“ wurden Stimmen laut, die besagten: so wie bisher kann es nicht weitergehen, wenn das Proletariat nicht von der Wucht der Geschichtnisse zermalmt werden soll.

Diese Einstellung der Massen veranlaßte offenbar auch die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, dem Gedanken einer proletarischen Massenaktion näher zu treten. Emil Barth hat für jene Kreise, die gegenüber dem Offenen Brief nur Hohe und Spott hatten, die Initiative ergriffen. Er hat mit den drei politischen Parteien und mit den Gewerkschaftsvorständen verhandelt zwecks Einleitung einer Massenaktion gegen das Arbeitslosenelend und für die Schulweisung bedürftiger Proletariatskinder. Die schriftlich formulierten Vorschläge Barths und die Antwort der SPD sind im vollen Wortlaut in der „Roten Fahne“ veröffentlicht worden. Wie sich die Sachlage durch die Verhandlungen mit der SPD und U.S.P.D. und mit den Gewerkschaftsführern gestaltete, hat die Öffentlichkeit bis heute nicht erfahren.

Anfangs März hat der ADB seine zehn Forderungen der Öffentlichkeit übergeben. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale teilt dazu mit, daß man es hierbei mit dem Ergebnis der von ihr eingeleiteten Verhandlung zu tun habe. Das haben keinen Zweifel gelassen, daß wir trotz aller Ungünstigkeiten gegenüber dem ADB bereit seien, jede erachtete Aktion zur Durchführung dieser Forderungen zu unterstützen.

Was verlangt der ADB?

Der Grundgedanke seiner Forderungen ist, die Arbeiterchaft der gesamten Arbeiterchaft muß auf ein solches Maß beschränkt werden, daß es möglich ist, alle Arbeitslosen in den Produktionsprozess einzugliedern. Der dadurch entstehende Lohnausfall soll zu zwei Dritteln von den Unternehmern, dem Reich und den Ländern aufgebracht werden, während das andere Drittel vorübergehend von den Arbeitern getragen werden soll. Um Arbeitslosigkeit zu schaffen, sollen öffentliche Arbeiten aller Art, namentlich aber die Erneuerung der Verkehrsnetze in Angriff genommen werden. Das Reich soll die Vergütung der Arbeiter auf die Höhe bringen der aus dem obigen Grundgedanke sich ergebenden Forderungen und das Kontrollrecht der Gewerkschaften festsetzen. Alle Arbeitsverträge des Reiches, der Länder und der Gemeinden sollen als Notstandsarbeiten erklärt und die Vergütung der Tarifhöhe garantiert werden. In Verbindung mit dem Reich soll das Reich öffentliche Werke mit größter Eile beschließen. Für die trotz der Durchführung der obigen Forderungen noch verbleibenden Arbeitslosen soll

eine weitgehende den Lebensverhältnissen entsprechende Erhöhung der laufenden Unterstützungssätze und für die Kinder unbemittelter Eltern die Schulpeisung eingeführt bzw. ausgebaut werden.

Wie man sieht, ist es mehr als bescheiden, was der ADB verlangt. Die restlose Durchführung aller Forderungen würde zwar das schrecklichste Elend der Arbeitslosen mildern, die Lage des Gesamtproletariats aber nicht bessern, sondern noch weiter verschlechtern. Der ADB muß das selbst zugeben und spricht davon, daß den Arbeitern und Angehörigen der entsprechenden Lohnausfall nur „vorübergehend“ zugemutet werden könne. Aber auch vom Standpunkt der Arbeitslosen, der mit Recht in den Vordergrund gerückt wird, sind die Forderungen ungenügend und bleiben erheblich hinter dem zurück, was der Reichserwerbslosen-Ausschuß in seinen acht Punkten formuliert hat.

Da sich jedoch jeder sagen muß, daß die bankrotte kapitalistische Regierung die Forderungen des ADB ebensowenig durchführen wird wie die acht Punkte des Reichserwerbslosen-Ausschuß, liegt die Sache so, daß der Inhalt der aufgestellten Forderungen weit zurücktritt hinter der entscheidenden Frage:

Wie sollen die Forderungen verwirklicht werden?

Emil Barth läßt als Sekretär der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale keine Zweifel darüber, daß den Arbeitslosen nicht durch eine bankrotte Regierung, nicht durch einen gefügigen ohnmächtigen Reichstag und nicht durch die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, sondern nur durch die Macht des Proletariats geholfen werden kann. Auch darüber läßt er an jeder Stelle klarheit zu herrschen, daß sich die Macht des Proletariats nur durch eine große Angriffskampfkraft offenbaren und gestalten kann.

In einer Zuschrift, die die nachstehenden Unterschriften trägt, und die an die Arbeiterpresse gerichtet ist, heißt es:

Arbeiter und Angestellte! Wir fordern euch auf, in allen Betrieben und in allen Organisationen Beschlüsse zu fassen, und sie aus zu überwinden, aus denen klar ersichtlich ist, daß ihr hinter diesen Forderungen zu stehen und gewillt seid, ihnen den allerhöchsten Kampf zu verteidigen.“

Berliner Gewerkschaftskommission, Reichsband, Organisationsrat Berlin, Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Großberlin.

Die hier nachstehend gemachten Forderungen zeigen allem Anschein nach davon aus, daß bei den Forderungen nur dann etwas herauskommt, wenn die Massen aufstehen und gegen die Regierung mobilisiert werden.

Anderer der ADB: er stellt seine Forderungen an die Reichsregierung und glaubt sich zu der Hoffnung berechtigt,

„Daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, so daß auch die Reichsregierung sich des Empfindes der Lage bewußt zu sein scheint.“

Wir haben am Dienstag einen Artikel veröffentlicht, der uns von einflussreicher Seite zuging und aus dem man sich ungefähr ein Bild machen kann, was der ADB mit der Aufstellung seiner Forderungen bezweckt. Er will so tun, als ob er etwas täte und doch offenbar nicht im Traum daran, die Forderungen zum Ausgangspunkt einer großen Aktion zu machen. Bereits 8 Tage vor der Veröffentlichung dieser Forderungen hat der ADB mit der Regierung verhandelt. Die von der Regierung erhaltene Antwort ist sich die ganze Woche über von Blatt zu Blatt in der Regierung zu haben. Am 13. März ist ein zweites Mal

verhandelt worden. Wir fordern unsere Leser auf, in dem Artikel der Dienstagnummer nachzulesen, was da verhandelt hat und über was da verhandelt wurde, und wie fragen die Arbeiter aller Parteistellungen, ob sie sich eine Aktion für die Arbeitslosen so gedacht haben, daß man den Staatsbetrieben die Aufträge wegnimmt und sie der sinnverirrten Privatindustrie zuschlagt. Was hier unter dem Segen des ADB eingeleitet wurde, ist nicht nur ein kaum glaublicher Liebesdienst, es ist ein Verbrechen an der Arbeiterchaft und eine dreiste Verhöhnung der Arbeitslosen. Wir fragen auch Emil Barth, wir fragen die Berliner Gewerkschaftskommission und das Afa-Diskartell, ob sie mit dem ADB einverstanden sind, ob auch sie sich die Durchführung der zehn Forderungen so denken?

Vom ADB haben wir von vornherein nichts anderes erwartet. Von einer Körperschaft, die vor Jahresfrist das Diebstahl der Abkommen abschloß und sich feierlich für seine restlose Durchführung einsetzte, aber dann nicht einen Finger rührte, um die Erfüllung der gegebenen Zusagen zu erzwingen, von einer solchen Körperschaft kann man billigerweise auch heute nichts als Verrat erwarten.

Wenn sich schon in den letzten Monaten allüberall und in der Arbeiterchaft der Wille zu einer allgemeinen Anarchoaktion gezeigt hat, so ist dieses Verlangen heute in der Arbeiterchaft noch um vieles verstärkt worden, heute, wo die inner- und außenpolitischen Zustände jedem zeigen, daß die bürgerlich-kapitalistischen Regierungen am Ende ihres Lebens sind; heute, wo dem hungernden Proletariat nichts anderes geboten wird als Maschinengewehre und Handgranaten; heute, wo jedermann sehen kann, daß der eigentliche Herr in Deutschland Hugo Stinnes ist; heute pfeifen die Massen darauf, wenn der ADB zur Regierung läuft und mit ihr über das Arbeitslosenproblem verhandelt. Nicht verhandeln, handeln ist das Gebot der Stunde! Was der ADB nie tun wird, das ist Aufgabe der gesamten Arbeiterchaft, das ist vor allem Aufgabe unserer Genossen. Es gilt, heute die Arbeitermassen zu mobilisieren, sie zu einer allgemeinen Anarchoaktion zu gewinnen, dann, wenn das Proletariat als Macht der Bourgeoisie gegenübersteht, dann erst kann von der Beseitigung des Arbeitslosenelends ernsthaft die Rede sein. Es ist vor allem Pflicht der neu gewählten Betriebsräte, die proletarischen Massen zu sammeln und sich energisch dafür einzusetzen, daß die Forderungen des ADB verwirklicht werden. Es bleibt dabei: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Am Anfang war die Tat!

Politische Uebersicht.

Vor großen Entscheidungen.

Die Lage in Mitteldeutschland.

In Mitteldeutschland kann jede Stunde das Signal zum Generalstreik bringen, das auch das Sturmsignal für die ganze deutsche Arbeiterklasse sein wird. Vorläufig scheint es, als ob Hüring bisher die Bezeugung der großen Werte bei Halle unterlassen hat. Offenbar will er die Taktik einschlagen, nicht auf einmal das ganze Industriegebiet des Regierungsbezirks Merseburg zu besetzen, sondern nach und nach die einzelnen Bezirke zu provozieren, um eine gemeinsame Abwehraktion zu erschweren. Unsere Genossen werden diese Taktik durch geeignete Maßnahmen parieren müssen. In Mansfeld haben auch die elektrischen Kreisbahnen, die für die Beförderung der Arbeiter von ihren Wohnstätten zu den Gruben unentbehrlich sind, ihren Betrieb eingestellt. Im Overtöblinger Bezirk werden auch die Notstandsarbeiten nicht mehr ausgeführt. Es streiken nicht nur die Industrie, sondern auch die Landarbeiter der Mansfelder Kreise.

Die bürgerliche Presse wiederholt ihre lächerliche Behauptung, daß die Streikstimmung in Halle gering sei, weil wohl gearbeitet würde. Wir stellen demgemäß nochmals fest, daß die Disziplin der Halleischen Arbeiter es ihnen verbietet, ohne Beschluß ihrer Vertrauensleute in den Streik zu treten. Die bürgerliche Presse verschweigt beharrlich die Tatsache, daß ein solcher Beschluß noch nicht vorliegt. Sobald er gefaßt sein wird, werden die Praktisalen der Reaktion und des Geldadles auch die Halleische Arbeiterchaft mit dem üblichen Schmutz bewerfen.

Wenn die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse mit der Meldung prunkt, das „Gewerkschaftskartell“ von Halle habe die Arbeiter Mitteldeutschlands aufgefordert, keiner Streikparole Folge zu leisten, so ist das eine einfache Entstellung von Tatsachen. Das ordentlich gewählte Gewerkschaftskartell von Halle hat eine überwältigende kommunistische Mehrheit und ist deshalb vom ADB bekanntlich aufgelöst worden. Die paar rechtssozialistischen und unabhängigen Funktionäre haben sich dann bekanntlich zu einem eigenen „Kartell“ zusammengeschlossen, während die ordentlichen Bahnen zu dem neuen, zweifellos in seiner großen Mehrheit wiederum kommunistischen Gewerkschaftskartell noch gar nicht abgeschlossen sind. Die paar menschewistischen Hausvater, über die in Halle die Hühner lachen, können beschließen, was sie wollen, irgendwelchen Einfluß auf den Gang der Ereignisse haben sie nicht.

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“, das berühmte Rezipil der Moskpartei, geben „von zuständiger Stelle“ eine Darlegung der amtlichen Ursachen der Polizeiaktion. Oberpräsident Hüring — oder vielmehr, da er selbst in dem Artikel, einer Artikel zu veröffentlichen, einer seiner Mitarbeiter — schämt hinter dieser Veröffentlichung zu stehen. Man muß ihnen sagen, daß die magren Beweggründe, die man überaus ausstreben kann, so jedenfalls sind, daß es jedem Arbeiter möglich ist, sie zu durchschauen.

Es ist wieder der alte Schwundel, der durch Krieg Staatlich zu belegen ist, aufgewärmt, daß im Halleischen Bezirk die Zahl der Verbrechen größer sei als anderswo. Nach dieser Lage, die von der ganzen bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse gierig aufgenommen worden ist, will

Hundert Waffenlager der Orgesch im Kreise Beestow-Storkow.

Der Orgeschführer Major Stief. — Zusammenarbeit von Orgesch und Reichswehr.

Schon seit geraumer Zeit liegen uns Berichte vor über Rüstungen und Waffenlager der Orgesch im Kreise Beestow-Storkow. Dieses Material ist jetzt durch nachgeprüfte Berichte aus den Kreisen der ortsanfässigen Bevölkerung einwandfrei belegt, und wir sind in der Lage, folgendes mitzuteilen: Seit dem Herbst letzten Jahres finden im Kreise Beestow-Storkow eifrige Orgeschrüstungen statt, die vor allem von dem Hauptmacher, dem ehemaligen Major Stief, betrieben werden. Stief arbeitet mit einer Reihe von Gutbesitzern zusammen und ist

Schreibmaschinist, Ordnanz und Kabfahrer. Außerdem scheint er Provokateure beschäftigt zu haben, worauf das Vorhandensein von roten Armbinden hinweist. Es steht fest, daß Neuhaus im Widerspruch zum Wortlaut des Entwaffnungsgesetzes die Angehörigen der Organisation aufgefordert hat, die Waffen nicht abzugeben. Ebenso ermahnte Major Stief bei der Ankündigung des Entwaffnungsgesetzes die Landbevölkerung, die Waffen zu behalten und ordnete an, daß nur auf seinen Befehl die Waffen abgegeben werden sollten.

Leiter einer geheimen Militärorganisation.
Die Waffen der Organisation stammen zum großen Teil aus der Potsdamer Kaserne. Es handelt sich um Maschinengewehre, Infanteriegewehre, Handgranaten und Infanteriemunition. Außerdem hat die Organisation des Herrn Stief im Kreise Züterbog eine vollständige Batterie des Herrn Kreis von 100 000 Mk. käuflich erworben. Major Stief war im Besitz einer Karte, in der hundert Punkte verzeichnet waren, an denen die Waffen vergraben waren. Die Waffen bestanden sich u. a. in den Dörfern Klein-Zietzen, Riedebusch, Deutsch-Wulterhausen und Schulzendorf. Im Gebiet von Selchow befindet sich ein solcher Punkt beispielsweise an der Spitze der sogenannten Schinderfische, sowie an dem von der Chaussee zwischen Tolltrug und Rogis nach dieser Fichte hinführenden Feldweg, da wo dieser einen rechten Winkel zeigt.

Als der Stab vor einiger Zeit öffentlich zu werden drohte, mußten die Behörden zur

Verhaftung des Majors Stief
schreiten. Nach dem, was Augenzeugen bei der Verhaftung sowie anlässlich verschiedener Hausdurchsuchungen auf Gütern usw. gesehen haben, scheinen die damit beauftragten Beamten es nicht besonders darauf angelegt zu haben, auch etwas zu finden. Trotz der „rückwärtsoll“ betriebenen Durchsuchung konnte nicht vermieden werden, daß schließlich doch hier und da Waffen gefunden wurden. Es fanden sich auf diese Weise bei dem Gemeindevorsteher Lehmann, Glasow, eine Anzahl Infanteriegewehre mit Munition, bei einem Rittmeister auf Gut Maglow Gewehre, Verbandspäckchen und Bierdegewehre, bei einem gewissen Rißing in Selchow ein Haufen Gewehre mit Munition, bei dem Gemeindevorsteher Kamm in Selchow Infanteriegewehre und Maschinengewehre.

Auch bei dem Eisenbahnsekretär Kadel in Glasow und dem Gutbesitzer Eckert in Groß-Zietzen konnten unsere Gewährsleute nach der Durchsuchung das Wegschaffen von Waffen und Munition beobachten. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß

Major Stief hat mehrfach, um den Tatbestand zu verhüllen, das Gerücht ausgekreut, es sei eine „Spartakistenzentrale“ in der Gegend, und dieser gehörten die Waffen. Eng zusammen mit Stief arbeiten besonders die Gutbesitzer Neuhaus und Richter. Diese haben mehrfach aus den Reichswehrlasernen Munition und Waffen geholt und teils in Gütern untergebracht, teils an zuverlässige Einwohner ausgegeben. Zum Teil benutzte Neuhaus hierzu Leute, die als Soldaten verkleidet waren. Im ganzen wurden so über hundert Fuhren mit Waffen und Munition aus Potsdam geholt und im Kreise Teltow verteilt. Stief war jedesmal dabei und führte beim Verladen in Potsdam die Aufsicht. Die Waffen bekam er dabeilbst

Major Stief nicht lange verhaftet
war und daß die Orgesch im Kreise Beestow-Storkow noch wie vor tüchtig weiterrüstet.

von dem Hauptmann der Reichswehr Jirgow. Im Kreise Teltow betrieb ein gewisser Postelmann lange Zeit hindurch eine Schreibstube, in der die Bewaffnungs- und Aufmarschpläne aller der Orgesch angeschlossenen Verbände aufbewahrt und angefertigt wurden. Eine Fuhre mit Waffen nach Teltow wurde einmal von Soldaten unternommen, die auf der Achselkappe die Nummer 27 trugen. Major Stief betrieb längere Zeit hindurch seine Bewaffnungsaktion im größten Stil. Er beschäftigte eine

In diesen Tagen, wo die Konterrevolution, den Orgesch „verboten“ der Severing und Konforten zum Hohn, geschickt von der bürgerlichen Justiz, ihre Weißen Garden aufrufen und schlagfertig machen, da gibt es für die Arbeiter kein Hoffen auf Entwaffnungsgesetze, auf Ententehilfe oder papierene Verbote. Ja, die Arbeiter sehen sogar, daß die private Kampforganisation des Bürgertums durch die bewaffnete Staatsmacht unter Anführung des „Genossen“ Hörning Bezug erhält. Für die Arbeiter darf es da kein Fragen und kein Zögern geben. Waffengewalt ist nur zu brechen wiederum durch Waffengewalt.

Die „Hamburger Volkszeitung“ ist vorgestern mittag vom Staatsanwalt beschlagnahmt worden. Die beiden letzten Nummern fielen der Willkür der sozialdemokratischen Polizei Hamburgs zum Opfer. Zum dritten Male wurde gestern die „Rote Fahne“ beschlagnahmt. Die Montagabend- und die Dienstagmorgennummer sollen den Grund zu diesem Vorgehen gegeben haben. „Vorwärts“ und „Freiheit“, SPD. und USPD. versuchen das Proletariat am Kampfe zu verhindern und alles Gerede täuscht nicht darüber hinweg, daß sie dadurch die anmarschierende Konterrevolution bedecken. Unter dem Schutze ihrer Passivität rüftet die Reaktion, bereitet die bürgerliche Pressemeute den Boden für ein deutsches Ungarn vor, das auch vor ihnen nicht halt machen wird. Arbeiter! Die Front ist klar. Kämpft gegen die Reaktion in jeder Gestalt!

den Arbeitern nichts gesagt, die Provokation der mitteldeutschen Arbeiterschaft durch Hörning, den Kasse Nr. 2, wurde umkleidet mit der bürgerlichen Phrase von „Ruhe und Ordnung schaffen“. Hier zeigt sich so recht das wahre Gesicht dieser Sozialdemokraten, die Rüstungen der Konterrevolution werden verschwiegen, um die Arbeiterschaft zu täuschen und vom Klassenkampf abzuhalten. Desto mehr jedoch werden die Kommunisten, die die einzigen sind, die die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Konterrevolution aufrufen, als Putzschiffen verschrien und beschimpft. Arbeiter, die ihr noch auf die Rechtssozialisten hört, seht euch diese Herrschaften genau an, bekennt euch, ob euer Platz ist auf der Seite der Konterrevolution oder auf der Seite des Proletariats. Die Zeichen stehen auf Sturm! Entscheidet euch!

Ausland.

Der italienische Bürgerkrieg.

Der Bürgerkrieg in ganz Italien nimmt seinen Fortgang. In Turin spitzt sich die Krise ständig zu. Die Fabriken sind nach wie vor von Militär besetzt, neue Großbetriebe haben weitere Entlassungen in Aussicht gestellt. Unter Vorwänden werden führende Genossen verhaftet. In Greco Milaneze haben die Faschisten den Sitz der sozialistischen Liga zerstört, ebenso in Canossa. Zur Provokation veranstalteten die Weißgardisten überall Bombenwürfe und Ueberfälle, für die sie dann unter dem Schutze des Militärs und der Polizei „Revanche“ nehmen. Die Kämpfe in Mailand, welche anlässlich einer patriotischen Feier zum Jahrestag der Befreiung von Oesterreich erfolgten, wurden zahlreiche unbewaffnete Arbeiter getötet und verwundet. Elektrizitätsarbeiter und Straßenbahner sind in Proteststreik getreten. Mailand ist militärisch stark besetzt worden.

Die siegreiche Revolution in Georgien.
Konstantinopel. Der Schwarze-See-Hafen Port, der letzte Zufluchtsort der georgischen Regierung, ist von den revolutionären Truppen besetzt worden.

Landarbeiterbewegung.

Kommunistische Klebezettel.

Im „Pommerschen Landbund“ Nr. 6 und in anderen Zunftblättern finden wir folgenden Aufruf:
„Beseitigen.
Die SPD. hat neue Klebezettel fertiggestellt zur kommunistischen Bearbeitung der Landbevölkerung. Die (schwarz-weiß roten!) Zettel, die hier vorliegen, tragen folgende Aufschrift:

die „zuständige Stelle“ mit, daß schon vor einiger Zeit die Behörden um polizeilichen Schutz gebeten hätten, der aber aus mehrfachen Gründen nicht sofort gewährt werden konnte.“
Hört! Hört! Sollten diese „mehrfachen Gründe“ etwa in dem Landtagswahnen bestanden haben? Sollte man gefordert haben, sich vor den Wahlen politisch zu blamieren und die an sich schon bedeutende kommunistische Agitationskraft im Hallschen Bezirk zu steigern?
Was aber soll man dazu sagen, wenn die „zuständige Stelle“ die Vorgänge in den Stadtverordnetenversammlungen von Söbezin und Sangerhausen als Beweggrund für die Polizeiaktion erklärt! In diesen beiden Stadtparlamenten haben die Kommunisten die absolute Mehrheit — wie in vielen anderen Orten des Hallschen Bezirkes — und sie haben es als ihre selbstverständliche Pflicht betrachtet, Steuern abzulehnen, die die arbeitende Bevölkerung ungebührlich belasten. Weil also zwei Stadtparlamente ihre Rechte gewahrt haben, deshalb muß Mitteldeutschland von Sipp befreit werden. Merkt Herr Hörning nicht, wie lächerlich er sich und seinen demokratischen Parlamentarismus mit dieser Erklärung macht!

Wenn die „SPD.“ zum Schluß die schöne Phrase drehschleut: „Die bodenständige Bevölkerung des Industriegebietes sehnt sich nach endlicher Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“, so ist dazu zu bemerken, daß gerade die bodenständige Bevölkerung des Hallschen Bezirkes am meisten kommunistisch gekümmert ist. Hörning wird auf Granit heißen, wenn er eine „Ruhe und Ordnung“ bei ihnen mit Gewalt durchsetzen will. Die einheitliche Aktion der mitteldeutschen Arbeiterschaft wird ihn belehren, daß er mit ober-schlesischen Maßnahmen nichts ausrichten kann. Die Arbeiter von ganz Deutschland müssen ihrer mitteldeutschen Vorhut beistehen.

Der Kreistag des Mansfelder Gebirgskreises gegen die Hörningsche Provokation.

Die Kreistagsabgeordneten des Mansfelder Gebirgskreises haben zu dem Hörningschen Erlaß folgende Entschliebung mit Stimmenmehrheit angenommen:
„Die Kreisabgeordneten des Mansfelder Gebirgskreises haben von dem Erlaß des Herrn Oberpräsidenten wegen Besetzung der Industrieorte mit starken Polizeikräften Kenntnis genommen. Sie protestieren hierdurch gegen eine solche Maßnahme und ersuchen für den Umfang des Mansfelder Gebirgskreises von einer solchen Besetzung Abstand zu nehmen aus folgenden Gründen: Es hat sich seit dem Tage der Bekanntmachung der Anordnungen des Herrn Oberpräsidenten unter der Arbeiterschaft des Mansfelder Gebirgskreises eine ge. altige Unruhe bemerkbar gemacht. Es steht zu befürchten, daß es bei einer Besetzung der Orte mit Polizeitruppen zu ersten Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft und den Polizeitruppen kommt. Alle angeführten Ursachen, welche zu der Besetzung beigetragen haben sollen, treffen für den Mansfelder Gebirgskreis nicht zu. Bis jetzt war hier Ruhe und die Mansfelder Arbeiterschaft ist weit entfernt davon, die in der Bekanntmachung gemachten Anschuldigungen auf sich zu beziehen oder nur daran zu denken, daß sie damit gemeint sei. Die Kreistagsabgeordneten ersuchen deshalb, von einer solchen Besetzung abzusehen und geben dem Herrn Oberpräsidenten anheim, mehr Sorge dafür zu tragen, daß die traurigen Verhältnisse, so wie sie heute bestehen, beseitigt werden, damit es jedem Menschen möglich sein kann, als Mensch zu leben. Dazu gehört in erster Linie Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Bekämpfung des Wucher- und Schleichhandels. Nur dadurch wird es möglich sein, die in dem Erlaß geschilderten Zustände, sollten sie irgendwo bestehen, beseitigen zu können ohne starke Polizeikräfte. Nur unter menschlichen Verhältnissen werden Menschen — Menschen sein können.“

Generalfreist in Marienwerder in Ostpreußen.

Königsberg, 22. März. In Marienwerder ist heute der Generalfreist erklärt worden. Die Metallarbeiter streifen seit mehreren Tagen und wollen sich zur Wiedergewinnung der Arbeit nur unter der Bedingung bereit erklären, daß die Schutzpolizei aus den Betrieben, in denen gestreikt wird, zurückgezogen wird. Da diese Forderung abgelehnt wurde, traten die anderen Arbeiter in einen Sympathiestreik. Alle Betriebe stehen still. Der Arbeitseververband hat beschlossen, den Bürgerstreik als Abwehristreik einzutreten zu lassen und sämtliche Streikende sofort zu entlassen, falls nicht der Sympathiestreik bis Mittwoch, mittags 18 Uhr, beendet ist.

Die militärische Lage in Oberschlesien.

„Daily Herald“ erfährt: An der Grenze Oberschlesiens stehen deutsche Truppen, die bereit sind, einzumarschieren, falls die Polen vorrücken. Die französischen Truppen sind offen mit den Polen. Dagegen nehmen die Engländer eine mehr oder minder neutrale Haltung ein und sie wollen das Gebiet schützen, welches England erhalten will. Zurzeit stehen vier englische Bataillone in Oberschlesien, nämlich das 1. Middlesex, das 2. West Kent und das 1. Royal Sussex-Bataillon.
Der Aufmarsch der verschiedenen kapitalistischen Soldnertruppen zum blutigen Entscheidungskampf um Oberschlesien ist also fertig.

Der Feldzug der Konterrevolution.

Orgesch, Polizei, Rechtssozialisten und Unabhängige gegen die Kommunisten.

In ganz Deutschland wird die Presse der SPD. gehetzt. In der Montagnummer der „Mansfelder Volkszeitung“ hat die Zensur einen großen Teil gestrichen. An Stelle eines Artikels schreit nunmehr ein leerer weißer Fleck der Arbeiterschaft die Frechheit der weißen Wächter an.

Die „Volksmacht“ als Putzschiff.

Ihr gegenrevolutionäres Schweigen.

Der „russische Mitarbeiter“ der „Volksmacht“ führt sich nach der Einnahme Kronstadts von neuem bemüht, die Putzschiff der Kronstädter Gegenrevolutionäre zu feiern und ihnen für ihre Heldentaten Lorbeerkränze zu winden. Er schwingt sich zu folgendem Heldengedicht auf:
„Die keine Heldenstar in Kronstadt mußte der Gewalt weichen. Aber die Sache, für die sie gekämpft hat, ist nicht verloren.“
Auch jetzt versucht dieser saubere Herr den gegenrevolutionären Charakter des Aufstandes, der inzwischen durch die verschiedensten Meldungen bewiesen ist, in einen „revolutionären“ umzukehren. Die Verbindung der Kronstädter Aufständigen mit Frankreich und den sich in Paris und Berlin aufhaltenden Gegenrevolutionären steht fest. Die Menschewisten und Sozialrevolutionäre gehen in allen Fragen, die den Sturz der Sowjetregierung herbeiführen könnten, mit der schwärzesten russischen Konterrevolution konform. Es ist bei dieser Interessengemeinschaft sehr gut möglich und es wird die Harmonie nicht im geringsten stören, daß die Interessenten entsprechend ihrer politischen Klasse den Kronstädter Putzschiffen „revolutionären“ oder „gegenrevolutionären“ nennen.

Die „Volksmacht“, die uns Kommunisten so gern als Putzschiffen verachtet, zeigt hier wieder treffend, daß auch sie mit den Geistes der Konterrevolution in Verbindung steht, wenn es gilt Sowjetrußland oder die Kommunisten zu besetzen. Die Gemeinschaft mit der Konterrevolution zeigt am besten das Schwergen der „Volksmacht“ zu den letzten Feindgegnern. In der „Volksmacht“ konnten die Arbeiter nichts über die Tätigkeit der Werkspolizei bei Linke-Hofmann lesen, nichts über die Tätigkeit eines Aufschlags- und Überwachungsorgans der Orgesch in Schlesien zum Kriege gegen Polen und über die wahren Absichten eines Kapr und Genossen wurde

1. Kleinbauern, wählt Kleinbauernräte und verbindet sie mit den Arbeitererräten der Güter und Städte! Deutschland muß Räterepublik werden."
2. "Kein Junker darf Waffen verbergen! Landarbeiter, Kleinbauern, entreißt den Junkern die Waffen, denn sie wollen Arbeitende töten! Doch die Solidarität der Arbeitenden in Stadt und Land."
3. "Landarbeiter, Kleinbauern, hört: Nur die kommunistische Partei wird die Kapital- und Junkermacht zerbrechen."
4. "Landarbeiter, Kleinbauern! Kontrolliert die Waffenlager der Reaktion! Entwaffnung der Junker! Bewaffnung der Arbeiter! Es lebe die Räterepublik!"
5. "Gutsräte müssen die Gütererzeugung leiten. Kleinbauernräte regeln die Angelegenheiten der Kleinbauern. Es lebe der Kommunismus."
6. "Jetzt herrscht die Diktatur der Reichen und Junker. Die Kommunisten wollen: die Diktatur der Stadt- und Landarbeiter."
7. "Die Kommunisten wollen den Gutsräten der Arbeiter und Angeheilen die Bewirtschaftung der Güter übertragen. Es lebe der Kommunismus."
8. "Der Kapitalismus läßt die Arbeitenden frieren und darben, während die reichen Faulenzer praffen. Der Kommunismus sichert Wohlstand für alle." —
Es braucht nicht erst empfohlen zu werden, die der Verhöhnung dienenden Klebezettel alsbald zu beseitigen.
Es ist erfreulich, daß die gesamte reaktionäre Presse den Wortlaut unserer Klebezettel abdruckt und dadurch unsere Propagandarbeit fördert. Aber die Ermahnung, "diese Klebezettel alsbald zu beseitigen", zeigt doch, wie schlecht es um das Gewissen der Junker bestellt sein muß. Diese Furcht der Junker vor der kommunistischen Propagandarbeit beweist, wie eng gerade das Lebensinteresse der Landarbeiter- und Kleinbauernmassen mit der proletarischen Revolution verknüpft ist.

Aus der Provinz.

Denkmal für einen Kämpfer!
Oels, den 23. März 1921. Am Freitag, den 25. März, wird für den in den Märzämpfen des Vorjahres gefallenen Genossen Djinbel ein Denkmal auf seinem Grabe gesetzt werden. Der Gefallene hat durch sein unerschrockenes Eintreten für die Interessen der Unterdrückten sich ein bleibendes Denkmal in den Herzen aller Arbeiter gesetzt.
Genosse Djinbel wurde im Februar 1920 aus den Eisenbahnwerkstätten auf die Straße gesetzt. Als der Kapp-Putsch kam, war er Anführer der Arbeiter bei der Entwaffnung von Kappsoldaten. Als es dabei zum Kampf kam, fiel er durch Hauschuß getroffen.
Noch sind nicht alle Wägen vorbei. Aus der Reihe der Gefallenen werden tausendfältig Kämpfer erheben. Sie

werden Rache nehmen. Sie werden kämpfen für die Diktatur des Proletariats.
Schöberggrund. Am 24. März fand auf Veranlassung der Ortsgruppe Peitzau in Schöberg eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Wensch sprach im Zusammenhang mit der hochspannten politischen Lage über: "Was wollen die Kommunisten? Er verstand es, den zahlreich erschienenen Arbeitern und Arbeiterinnen klar zu machen die Ursache ihrer elenden Lage. Er zeigte ihnen den einzigen Weg, um herauszukommen aus Not und Elend, den Kommunismus.
Am Schluß der Versammlung war es möglich, eine gute, lebensfähige Ortsgruppe zu gründen. Es ist nun Aufgabe der umliegenden Ortsgruppen, mit den neu gewonnenen Mitgliedern in enge Fühlung zu treten. Unsere Ziele müssen aus Land, in die entferntesten Industrieorte getragen werden.

Erwerbslose!

Die kommunistische Fraktion der Erwerbslosen erklärt: Wir halten es für ein Vergehen an den Erwerbslosen, wenn eure Vertretung nicht zu der gespannten politischen Lage Stellung nimmt und die Erwerbslosen nicht auffordert, Seite an Seite mit den noch werktätigen Arbeitern zu kämpfen. Die kommunistische Fraktion hat sich deshalb an den Erwerbslosenrat gewandt und hat eine teilweise ablehnende Antwort erhalten.
Die kommunistische Fraktion überläßt es den erwerbslosen Massen, sich über diese Haltung ihrer "Vertreter" selbst ein Urteil zu bilden. Sie wird es trotzdem nicht unterlassen, jede revolutionäre Phrase oder reformistische Politik zu bekämpfen, den Massen der Erwerbslosen zum Bewußtsein zu bringen, daß ihr ganzes Elend in der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft des Kapitals liegt und die Erwerbslosen sich daraus nur befreien können, wenn sie in den Reihen des Gesamtproletariats ihren Mann stehen zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft. Erwerbslose! haltet revolutionäre Solidarität! Nur Massenaktionen in Verbindung mit der Massenaktion des noch arbeitenden Proletariats kann euch helfen. Die kommunistische Fraktion der Erwerbslosen.

Lokales.

Breslau, den 25. März 1921.
Versammlung im Sandlerberuf. Wir erhalten folgende Zuschrift: Der deutsche Händlerverband (Sitz Berlin) und der Reichsverband reisender Gewerbetreibender und Händler Deutschlands (Sitz Magdeburg) haben in Frankfurt a. M. an einem gemeinsamen Verbandstage am 17. November 1920 beschlossen,

eine Einheitsorganisation unter dem Namen: **Verband deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender für Deutschland** zu schaffen.
Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, auch in Breslau die beiden Ortsgruppen der ehemaligen Verbände zu vereinigen und führen dieselben unter dem neuen Namen der Einheitsorganisation: **Verband deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender** ihre Geschäfte weiter, woraus auch die hiesigen Behörden aufmerksam gemacht werden. Zur weiteren Orientierung aller Interessierten findet Donnerstag, den 31. März, abends 7 Uhr, im Saal der "Neuen Börse", Graupenstr. 13, eine öffentliche Versammlung statt.

Streik und Boykott über die Breslauer Fleischerkass
Die Einigungsversuche des Schlichtungsausschusses sind am Dienstag dieser Woche von der Fleischerzunft abgelehnt. Der Uebermut, der durch die Allgemeinheit reich gewordenen Fleischermeister übersteigt alle Grenzen.

Die Arbeitergesellschaft haben keinerlei Forderungen gestellt, sie sind nur um die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse in den Streik getreten. Die Unternehmer denken in keiner Weise daran, die Preise abzubauen, obwohl die Schweinepreise auf dem Bresl. Viehmarkt in der verflochtenen Woche von 1125 auf 975 Mk. per Zentner gefallen sind. Dagegen wollen sie durch die Beseitigung der bestehenden Verhältnisse 50 verheirateten Schlachthofsgesellen brottlos machen.

Die Arbeiterschaft hat an diesem Kampfe ein hohes Interesse. Gelingt es den Fleischermeistern, der Schlichtungsorganisation das Geld zu brechen, dann werden andere Unternehmergruppen daselbe tun. Bei ihren unethischen Fabrikationsmethoden ist ihnen die Arbeiterorganisation hindernd im Wege, deshalb haben sie die Verhöhnung der Schlichtungsorganisation zum Prinzip erhoben.

Die Fleischermeister suchen die Bevölkerung irre zu führen, indem sie behaupten, die Preise sind geregelt. Das ist offener Schwindel. Nur in einzelnen Geschäften haben sich die Unternehmer unterjährig verpflichtet, die bestehenden Verhältnisse weiter zu gewähren.

Wie wir eben erfahren, hat der Schlichtungsausschuss einen Spruch dahin gefällt, daß die Arbeiter morgen in vollem Umfange wieder aufnehmen ist. Das Schlachtgeld wird weiter gezahlt. Maßregelungen finden nicht statt, bis auf die Gefellen, die sich strafrechtlich gegen die Meister vergangen haben. Streiktag werden nicht bezahlt. Neue Tarifverhandlungen werden sofort aufgenommen.

Wir kommen auf diese Angelegenheit noch später zurück.

An alle Kommunisten der Linke-Hofmann-Werke.
Neuerst wichtige Zusammenkunft aller Kommunisten der Linke-Hofmann-Werke am Dienstag, den 29. März, abends 7 Uhr, im Gantischen Lokal, Westend, Ecke Alsenstraße. Parteilosheit legitimiert.

Fraktionsleitung.
Distrikt 2a. Freitag, den 26. März, abends 7 Uhr, Arbeitsversammlung. Reichsstraße 11.

Kommunistische Jugend. Freitag, den 26. März, abends 7 Uhr, revolutionärer Unterhaltungssabend im kommunistischen Arbeiterheim, Schulgenossenschaft, Ecke Alsenstraße 22.

Ornamenten. Treffen Sonnabend abends 8 Uhr, Endstation Linie 6 (Restaurant Lestner Keller). Schlafdecken und Wespflügeln auf zwei Tage mitbringen.

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Bär & Danzig, sämtlich in Breslau.

Jeder Gewerbetreibende, Handwerker, Gastwirt, Kaufmann, Industrielle muß die

Breslauer Frühjahrsmesse

Reichstes Angebot. Günstigste Einkaufsmöglichkeit.
Einzigartige und schnelle Uebersicht über die Lage des Marktes.

Einkäuferkarten durch die Vorverkaufsstellen
Barasch, Norddeutscher Lloyd, Paketsahrt, Verkehrsverein
und die

Breslauer Messegesellschaft, Ohlauer Straße 87.

5., 6., 7., 8. April
Wohlfahrten, Bekleidung, Schuhe, Pelzwaren, Kurzwaren, Möbel, Hausrat, Kunstgewerbe, Galanterie, Spielzeug, Bijouterie, Papier, Schreibwaren, Verpackungen, Ligarren, Gurke, Lebensmittel, Parfümerien, Cosm. Artikel.
1920 Aussteller.

Modenschau:
"Faust in Monte Carlo"
Stadttheater:
Des Giovanni. Orpheus. Fiddio. Meisterwinger. Zauberflöte. Nausa.
Orchesterverein:
3 große Sonderkonzerte.
Solistenabende:
Owega. Waller. Huberman. Schlegelmann. Lepstetter.
Theater: Eris Programm.
Musäum der bild. Kunst:
Loris Corchia.

Stadttheater.
Sonn- 6 Uhr:
Parafal.
Sonnabend 7 Uhr:
Die Stimme von Fortici.
Johr-Opern.
Sonn- 7 1/2 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue.
Urania-Chor.
Sonn- 7 1/2 Uhr:
Schubertabend.
Schauspieler.
Operntheater. 11. 9. 25. 45
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
3ten 1. März.
Die Dame im Rot.
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Kaiserin.
Cafe Dessau
früher Central
Bismarckstraße Nr. 2
Telephon R. 224
Paul Kahl.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 23
und Kolltstraße 9.
Die große Sensation
Nirvana
das
Haus
des
Schreckens
6 Akte.
Parier.
Stuart Webbs
in
Die geheimnisvolle Villa
4 Akte.

Preiswerte Schuhwaren
Herz
Stiefel
Ludwig Herz
Bismarckplatz Nr. 4
Bischof bekannt
gute
Schuhe, früher 7.75 Mk.,
jetzt 7.00 Mk.
Erich Frankel
Bismarckplatz Nr. 71
Gangweg Reichstraße 2.
Koch Eingeladen.
(Düster Soben.)
Kernseite
Lippert, 24. März, 1921.
Schöbergstraße 23.

Händler! Haasierer!
tanzen konturrenzlos billig
alle Waren (Seite 2, 50,
Eternwurz 38 Pf. bei
L. Lehmann, Poststraße 7.
Händlerpreisliste gratis
P. Kallter, Nikolaistra 16/17

Sobem erbiten:
Nr. 14 des Organs des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale.
Aus dem Inhalt: **Genossen, der Kampf in Halle.** — **Genossin, das Schicksal der Frau über die Diktatur.** — **Alara Griffin, Plamenowitsch.** — **E. Fong, Die Wirtschaftliche Konzentration.** — **Walden, Der Spionierdienst des Sozialismus.** — **J. Wankelmeier, Der Friede mit Polen.** — **E. Wani, Die politische Lage in Deutschland.** — **Agapowitsch, Rosa Luxemburg und Les Joghies nach der russischen Revolution.**
356 Seiten. Preis 1.— Mk.

Empfehlenswerte Bücher:
Das kommunistische Manifest. Mit einem Vorwort und ausführlichen Remarques und Fremdwörterverzeichnis. Herausgegeben von Dr. H. Duncker. 1917. 2.—
Franz Mehring, Deutschl. 1917. 1.—
Karl Marx, Lehren der Dialektik. 1847. 1.50
Pannekoek, Marxismus und Darwinismus. 1917. 1.75
Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. 1902. 1.20
Friedrich Engels, Politisches Testament. 1917. 3.—
Zeitungsfremdenblätter und Politische Schlagworte von Braun. 1917. 2.—
In freier Hand:
Komm. Bücherei, Breslau 8,
Schöbergstraße 45.